



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ***Brandenburg***

Brandenburg hitzefest machen

Brandenburg hitzefest machen

Grüner Sechs-Punkte-Plan gegen Hitze und Klimafolgen

Brandenburg erlebt immer häufiger lange Hitzeperioden. Heiße Tage und tropische Nächte bringen Menschen, Natur und Infrastruktur an ihre Belastungsgrenzen. Hitze ist inzwischen eines der größten klimawandelbedingten Gesundheitsrisiken in Deutschland. Besonders gefährdet sind ältere und pflegebedürftige Menschen, Kinder, Schwangere, Menschen mit Vorerkrankungen sowie Menschen, die im Freien arbeiten oder keinen geschützten Rückzugsort haben. Die jüngste Hitzewelle führte zu Erschöpfung, Schlafproblemen, verminderter Leistungsfähigkeit und gar Hitzetoten.

Gleichzeitig verschärfen Trockenheit, Waldbrandgefahr und niedrige Wasserstände die Lage im Land. Mit dem fortschreitenden Klimawandel werden solche Extremereignisse häufiger und intensiver auftreten. Das Wissen darüber ist lange vorhanden. Nun kommen immer mehr konkrete Erfahrungen zu. Nicht-Handeln ist damit nicht mehr nur fahrlässige, sondern fast schon vorsätzliche Gefährdung von Mensch, Umwelt und Wirtschaft.

Es gilt die akuten Folgen abzumildern, die langfristig notwendigen Maßnahmen aber ebenfalls im Blick zu behalten. Wir stellen deshalb einen Handlungskatalog zum akuten Handeln vor:

1. Klima bleibt Thema: Priorität für die Ursachenbekämpfung!

Temperaturen von über 30 Grad Celsius machen deutlich: Die Klimakrise ist längst in unserem Alltag angekommen. Jedes Zehntel Grad Erwärmung erhöht das Risiko für Hitzewellen, Dürren und andere Extremwetterereignisse. Das hat gravierende Folgen für Mensch, Umwelt und Wirtschaft. Wer die Gesellschaft wirksam vor Hitze schützen will, muss deshalb die Ursachen der Klimakrise entschlossen bekämpfen. Die wichtigste Maßnahme gegen zukünftige Hitzewellen bleibt konsequenter Klimaschutz. Jeder investierte Euro vermeidet ein vielfaches an Folgekosten.

Wir fordern:

- Die konsequente Umsetzung des Klimaplanes Brandenburg mit klaren, überprüfbaren Maßnahmen für alle Sektoren.
- Eine Vereinbarung mit der Bundesebene zum Kohleausstieg bis 2030.
- Die Rücknahme von Kürzungen bei Klimaschutz und Klimaanpassung in den Kommunen.
- Den Ausbau von Maßnahmen mit doppeltem Nutzen für Klima- und Hitzeschutz: Solaranlagen mit Verschattungseffekt, Wärmepumpen mit Kühlfunktion sowie Wäldern und Stadtgrün.
- Ein Klimagesetz, um jede Landesregierung beim Klimaschutz verbindlich zu verpflichten

2. Solidarisch handeln: Besonders gefährdete Menschen schützen!

Hitze ist längst auch eine soziale Frage. Menschen mit geringem Einkommen leben häufiger in schlecht gedämmten Wohnungen und Quartieren mit wenig Grün und kaum öffentlichen Rückzugsorten. Sie haben oft deutlich weniger Möglichkeiten, sich vor der Hitze zu schützen. Deshalb ist mehr Hitzeschutz auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Eine dem Namen nach sozialdemokratisch geführte Landesregierung muss ihrer sozialen Verpflichtung nachkommen.

Darüber arbeiten, lernen und wohnen viele besonders gefährdete Menschen in Einrichtungen der Bildung, Pflege oder Gesundheitsversorgung. Damit diese nicht zur Hitzefalle werden oder in vergleichbaren Situationen geschlossen werden müssen, ist es notwendig, diese Gebäude frühzeitig auf künftige Wetterextreme vorzubereiten. Das verbessert nicht nur den Hitzeschutz, sondern erhöht dauerhaft die Lebensqualität und spart Energie.

Wir fordern:

- Ein Landesprogramm für Hitzeschutz in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, damit diese mit Verschattung, modernen Fenstern, Dämmung sowie energieeffizienten Kühl- und Lüftungssystemen ausgestattet werden können.
- Ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung für sozial geförderte Wohnungen.
- Die verbindliche Verankerung von Hitzeschutz als Thema von Medizin, Pflege und Gesundheitsvorsorge.
- Besondere kommunale Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen während Hitzewellen.
- Sonnensegel und ausreichend Schatten auf Spielplätzen und Schulhöfen.
- Verbindliche Hitzeschutzstandards für öffentliche Neu- und Umbauten.

3. Grün statt Grau: Entsiegelungs- und Begrünungsprogramm starten!

Jeder Baum zählt. Jede entsiegelte Fläche hilft. Grünflächen speichern Wasser, spenden Schatten und senken die Temperaturen spürbar. Die Natur ist die wirksamste Klimaanlage - Studien zeigen: Bäume und hohe Vegetation können die Belastung in dicht bebauten Quartieren deutlich senken. Deshalb brauchen wir einen grundlegenden Kurswechsel in der Stadtentwicklung: weg von immer mehr Beton, hin zu lebenswerten und klimaangepassten Städten.

Wir fordern:

- Ein landesweites Förderprogramm für die Entsiegelung von Betonflächen und Begrünung in den Kommunen.
- Die weitere Förderung von Initiativen wie „Abpflastern“ und „Tiny Forests“.
- Den verbindlichen Schutz von Grünflächen und Bäumen in der Bauleitplanung und den Erhalt bestehender Parks
- Die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung.
- Den dauerhaften Schutz von Frischluftschneisen.
- Trinkwasserspender an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen.

4. Kostbares Gut: Wasser als lebenswichtige Ressource schützen!

Brandenburg ist einer der trockensten Regionen Deutschlands. Wasser wird im Zeitalter der Klimakrise zu einer der wichtigsten Ressourcen überhaupt. Der Wasserkreislauf sorgt für Kühlung, ist Voraussetzung für Schatten spendende Bäume und verhindert Dürren und Waldbrände. Längere Trockenphasen und steigende Temperaturen setzen Mensch und Umwelt zunehmend unter Druck und gefährden Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig kann es nicht sein, dass wir zu Hause teuer das Wasser aus dem Hahn zahlen müssen, während Braunkohletagebaue (Leag), Industrie (Red Bull in Baruth, Industriepark Schwarze Pumpe) oder Landwirtschaft fast nichts für die Entnahme von Wasser zahlen. Die Kosten müssen fair verteilt werden, damit unser Wasser bezahlbar bleibt. Wasser muss für alle verfügbar, gesund, sicher und bezahlbar sein.

Wer heute Wasser schützt, sichert unsere Lebensgrundlagen für morgen.

Wir fordern:

- Eine stärkere finanzielle Beteiligung von Großverbrauchern, um die Kosten fair zu verteilen und Wasser für alle bezahlbar zu halten.
- Klare Regeln, harte Grenzwerte und enge Kontrollen von Industrie & Co. um Nitrat-, Nährstoff- und Schadstoffeinträgen in Gewässer zu verringern, damit unser (Trink-)Wasser sauber bleibt.
- Den konsequenten Schutz von Trinkwasser- und Wasserschutzgebieten.
- Klare Regeln für die Wasserentnahme und eine Überprüfung der wasserrechtlichen Genehmigungen, ob diese noch angemessen und zeitgemäß sind.
- Die Förderung effizienter Bewässerungssysteme.
- Verringerung der Wasserabführung, mehr Rückhalte- und Wasserspeichersysteme
- Wiedervernässung von Mooren und Waldumbau hin zu naturnahen Mischwäldern.
- Ausbau der Städte und Gemeinden zu sogenannten „Schwammorten“

5. Gemeinsam Verantwortung übernehmen: Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen!

Ob Menschen gesund durch Hitzewellen kommen, entscheidet sich vor Ort. Doch viele Städte und Gemeinden wissen zwar, was notwendig wäre, verfügen aber nicht über die nötigen finanziellen und personellen Mittel für Planung und Umsetzung.

Hitzeschutz darf nicht länger eine kommunale Aufgabe ohne ausreichende Unterstützung bleiben, sondern muss als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen verstanden werden.

Wir fordern:

- Eine verlässliche Finanzierung von Klimaanpassung in den Kommunen und mehr Mittel des Bundes für Maßnahmen vor Ort, insbesondere für den Hitzeschutz.
- Die Finanzierung von Personal für Klimafolgenanpassung in Landkreisen, Städten und Gemeinden durch das Land.
- Eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen.

6. Wissen bündeln: Landeszentrum Klimafolgen einrichten!

Die Folgen der Klimakrise werden uns dauerhaft begleiten. Damit gute Ideen nicht an Gemeindegrenzen enden, braucht es eine zentrale Stelle, die wissenschaftliche Erkenntnisse bündelt, Kommunen unterstützt und erfolgreiche Lösungen schnell in die Fläche bringt. Gute Klimaanpassung lebt vom gemeinsamen Lernen und Handeln.

Wir fordern:

- Die Einrichtung eines Landeszentrums für Klimafolgen und Klimaanpassung.
- Die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft einschließlich der Sammlung erfolgreicher Praxisbeispiele.
- Den Ausbau von Beratungs- und Informationsangeboten für Kommunen sowie Bürger*innen.